

Inhaltsübersicht

Teil 1

Das neue, europarechtlich geprägte Geschäftsgeheimnisstrafrecht	27
--	----

Kapitel 1

Einleitung – Bedeutung des strafrechtlichen Geschäftsgeheimnisschutzes	27
---	----

Kapitel 2

Gesetzgebungsgeschichte der Geschäftsgeheimnis-RL und des GeschGehG	31
--	----

A. Weg zu einem harmonisierten europäischen Geschäftsgeheimnisschutz durch die Geschäftsgeheimnis-RL	31
B. Umsetzung der Geschäftsgeheimnis-RL in das nationale Recht durch das GeschGehG	33
I. Geschäftsgeheimnisschutz nach dem UWG vor Inkrafttreten des GeschGehG	33
II. Umsetzung der Geschäftsgeheimnis-RL durch das GeschGehG	34

Kapitel 3

Auswirkungen der Geschäftsgeheimnis-RL auf das GeschGehG	39
---	----

A. Richtlinienkonforme und richtlinienorientierte Auslegung von Strafgesetzen – Einleitung	39
B. Herleitung der Pflicht zur richtlinienkonformen Auslegung	40
I. Pflicht zur richtlinienkonformen Auslegung im Unionsrecht	41
II. Pflicht zur richtlinienkonformen Auslegung im nationalen Recht	42
III. Sonderfall: Pflicht zur richtlinienkonformen Auslegung im Überschussbereich einer Richtlinie	42
C. Richtlinienkonforme Auslegung von Strafgesetzen – Umfang und Grenzen	53
I. Positionen in der Rechtsprechung	53
II. Zwischenresümee	58
D. Übertragung der erörterten Grundsätze auf das GeschGehG und die Geschäftsgeheimnis-RL	61
I. Mangelnde Gesetzgebungskompetenz des Unionsgesetzgebers als Argument gegen die richtlinienkonforme Auslegung im Geschäftsgeheimnisstrafrecht	61

II. Umgehung der mangelnden Gesetzgebungskompetenz durch die zivilrechtsakzessorische und damit auch unionsrechtsakzessorische Ausgestaltung des Geschäftsgeheimnisstrafrechts	64
III. Differenzierung zwischen voll- und mindestharmonisierenden Bestimmungen der Geschäftsgeheimnis-RL	65
IV. Fazit	66

Kapitel 4

Begriff des Geschäftsgeheimnisses	67
A. Einleitung	67
B. Unternehmensgeheimnis im Sinne des § 17 UWG als historischer Vorläufer des Geschäftsgeheimnisses im Sinne des § 2 Nr. 1 GeschGehG	68
I. Offenkundigkeit bei § 17 UWG	69
II. Betriebsbezogenheit bei § 17 UWG	77
III. Subjektiver Geheimhaltungswille bei § 17 UWG	79
IV. Wirtschaftliches Geheimhaltungsinteresse bei § 17 UWG	82
C. Begriff des Geschäftsgeheimnisses im Sinne des § 2 Nr. 1 GeschGehG	98
I. Einleitung	98
II. Auslegung der Legaldefinition aus § 2 Nr. 1 GeschGehG	100
D. Fazit	146

Kapitel 5

Geschäftsgeheimnisstraftatbestand, § 23 GeschGehG	149
A. Einleitung	149
B. Betriebsspionage nach § 23 Abs. 1 Nr. 1 GeschGehG	149
I. Betriebsspione als taugliche Täter	149
II. Spionagehandlung, § 23 Abs. 1 Nr. 1 GeschGehG i. V. m. § 4 Abs. 1 Nr. 1 GeschGehG	150
III. Subjektive Tatbestandsmerkmale	166
C. Eigeneröffnete Geheimnishehlerei nach § 23 Abs. 1 Nr. 2 GeschGehG	169
I. Tatobjekt und tauglicher Täter	169
II. Hehlereihandlung – § 4 Abs. 2 Nr. 1 lit. a GeschGehG	170
D. Geheimnisverrat nach § 23 Abs. 1 Nr. 3 GeschGehG	174
I. Täterkreis	174
II. Geheimnisverrat	177
E. Fremderöffnete Geheimnishehlerei nach § 23 Abs. 2 GeschGehG	181

F. Vorlagenfreibeuterei nach § 23 Abs. 3 GeschGehG	183
I. Vorlagen und Vorschriften technischer Art	183
II. Tauglicher Täter – Handeln im geschäftlichen Verkehr als besonderes persönliches Merkmal	185
III. Tathandlung	188
G. Qualifikationstatbestände des § 23 Abs. 4 GeschGehG	189
I. Gewerbsmäßiges Handeln, § 23 Abs. 4 Nr. 1 GeschGehG	189
II. Wissen um die Absicht der Nutzung im Ausland bei der Offenlegung, § 23 Abs. 4 Nr. 2 GeschGehG	189
III. Nutzung im Ausland, § 23 Abs. 4 Nr. 3 GeschGehG	192
H. Fazit	193
I. Unterschiede zwischen § 23 GeschGehG und §§ 17–19 UWG	193
II. Schutzlücken im Geschäftsgeheimnisstrafrecht nach § 23 GeschGehG	196
III. Kohärenz mit dem zivilrechtlichen Schutzkonzept	201

Kapitel 6

Materiell-rechtliche Grenzen des Geschäftsgeheimnisschutzes im GeschGehG 203

A. Erlaubte Formen des Handelns nach § 3 GeschGehG	203
I. <i>Reverse Engineering</i> als strafrechtlich relevante Handlungsform	203
II. Erlaubte Handlungen nach § 3 Abs. 2 GeschGehG	210
III. Weitere Erlaubnissätze des § 3 GeschGehG	212
B. Tatbestandsausnahmen nach § 5 GeschGehG	212
I. Einleitung	212
II. Benannte Fälle des § 5 GeschGehG	214
III. Unbenannte Fälle der Tatbestandsausnahme nach § 5 GeschGehG	244
IV. Subjektives Element – Handeln zum Schutz	249
C. Besonderer Rechtfertigungsgrund nach § 23 Abs. 6 GeschGehG	255
D. Fazit	256

Teil 2

Whistleblowing als besondere Grenze des strafrechtlichen Geschäftsgeheimnisschutzes durch das GeschGehG	258
--	-----

Kapitel 7

Begriff des Whistleblowings zur Umschreibung eines gesellschaftlichen und rechtlichen Phänomens	258
A. Begrifflichkeiten	259
B. Gesellschaftliche Relevanz und Rezeption	260

Kapitel 8

Strafbarkeitsrisiken beim Whistleblowing wegen der Verletzung von Geschäftsgeheimnissen	263
A. Darstellung der tatsächlichen Umstände anhand von Herolds Verlaufsmodell	263
B. Darstellung der strafrechtlichen Risiken anhand von Herolds Verlaufsmodell	266

Kapitel 9

Whistleblowing als besondere Grenze des Geschäftsgeheimnisschutzes	268
A. Schutz des Whistleblowers vor strafrechtlicher Verantwortung im Bereich des Ge- schäftsgeheimnisstrafrechts – <i>de lege lata</i>	268
I. Interne Meldesysteme als konkludente Einwilligung oder konkludentes Einver- ständnis	268
II. Besondere Berücksichtigung des § 5 GeschGehG	272
B. Schutz des Whistleblowers vor strafrechtlicher Verantwortung im Bereich des Ge- schäftsgeheimnisstrafrechts – <i>de lege ferenda</i>	278
I. Whistleblowing-RL – Geschichte	279
II. Whistleblowing-RL – Inhalt	280
III. Whistleblowing-RL – Auswirkungen und Unionsrechtskonformität des nationalen Rechts	281
IV. Fazit und Umsetzungsausblick	306

Inhaltsübersicht	11
------------------	----

Teil 3

Strafrechtlicher Geschäftsgeheimnisschutz abseits des GeschGehG	324
--	-----

Kapitel 10

Geschäftsgeheimnisbegriffe außerhalb des GeschGehG	324
---	-----

Kapitel 11

Untreue nach § 266 StGB als verkapptes Geschäftsgeheimnisschutzdelikt	330
--	-----

Kapitel 12

Grenzen des Geschäftsgeheimnisschutzes nach dem GeschGehG als Grenzen in der gesamten Strafrechtsordnung	333
---	-----

A. Erlaubte Formen des Handelns nach § 3 GeschGehG	334
B. Tatbestandsausnahmen nach § 5 GeschGehG	334
I. § 5 GeschGehG und § 34 StGB	335
II. Geheimnisschutzdelikte abseits des § 23 GeschGehG	345
III. Begleitdelikte	348
C. Auswirkungen der Whistleblowing-RL	350

Teil 4

Fazit	352
--------------	-----

Anhang

Gesetzestexte zu §§ 17–19 UWG und Art. 39 TRIPS-Übereinkommen	356
--	-----

Literaturverzeichnis	359
-----------------------------	-----

Stichwortverzeichnis	387
-----------------------------	-----

Inhaltsverzeichnis

Teil 1

Das neue, europarechtlich geprägte Geschäftsgeheimnisstrafrecht	27
--	----

Kapitel 1

Einleitung – Bedeutung des strafrechtlichen Geschäftsgeheimnisschutzes	27
---	----

Kapitel 2

Gesetzgebungsgeschichte der Geschäftsgeheimnis-RL und des GeschGehG	31
--	----

A. Weg zu einem harmonisierten europäischen Geschäftsgeheimnisschutz durch die Geschäftsgeheimnis-RL	31
B. Umsetzung der Geschäftsgeheimnis-RL in das nationale Recht durch das GeschGehG	33
I. Geschäftsgeheimnisschutz nach dem UWG vor Inkrafttreten des GeschGehG	33
II. Umsetzung der Geschäftsgeheimnis-RL durch das GeschGehG	34
1. Referentenentwurf vom 18.04.2018	34
2. Regierungsentwurf vom 18.07.2018, BT-Drs. 19/4724	36
3. Änderungen nach der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Recht und Verbraucherschutz des Bundestages vom 13.03.2019, BT-Drs. 19/8300	37

Kapitel 3

Auswirkungen der Geschäftsgeheimnis-RL auf das GeschGehG	39
---	----

A. Richtlinienkonforme und richtlinienorientierte Auslegung von Strafgesetzen – Einleitung	39
B. Herleitung der Pflicht zur richtlinienkonformen Auslegung	40
I. Pflicht zur richtlinienkonformen Auslegung im Unionsrecht	41
II. Pflicht zur richtlinienkonformen Auslegung im nationalen Recht	42
III. Sonderfall: Pflicht zur richtlinienkonformen Auslegung im Überschussbereich einer Richtlinie	42
1. Unmittelbar aus dem Unionsrecht herrührende Pflicht zur richtlinienkonformen Auslegung im Überschussbereich	46

2. Mittelbar aus dem Unionsrecht herrührende Pflicht zur richtlinienkonformen Auslegung im Überschussbereich	47
3. Aus dem nationalen Recht herrührende Pflicht zur richtlinienkonformen Auslegung im Überschussbereich	49
C. Richtlinienkonforme Auslegung von Strafgesetzen – Umfang und Grenzen	53
I. Positionen in der Rechtsprechung	53
1. Maßgebliche Rechtsprechung des EuGH	53
2. Maßgebliche Rechtsprechung der nationalen Gerichte	57
II. Zwischenresümee	58
D. Übertragung der erörterten Grundsätze auf das GeschGehG und die Geschäftsgeheimnis-RL	61
I. Mangelnde Gesetzgebungskompetenz des Unionsgesetzgebers als Argument gegen die richtlinienkonforme Auslegung im Geschäftsgeheimnisstrafrecht	61
II. Umgehung der mangelnden Gesetzgebungskompetenz durch die zivilrechtsakzessorische und damit auch unionsrechtsakzessorische Ausgestaltung des Geschäftsgeheimnisstrafrechts	64
III. Differenzierung zwischen voll- und mindestharmonisierenden Bestimmungen der Geschäftsgeheimnis-RL	65
IV. Fazit	66

Kapitel 4

Begriff des Geschäftsgeheimnisses

A. Einleitung	67
B. Unternehmensgeheimnis im Sinne des § 17 UWG als historischer Vorläufer des Geschäftsgeheimnisses im Sinne des § 2 Nr. 1 GeschGehG	68
I. Offenkundigkeit bei § 17 UWG	69
1. Kontrolle des Geheimnisinhabers	70
2. Erforderlicher Aufwand zur Aufdeckung	73
3. <i>Reverse Engineering</i> im Bereich des Unternehmensgeheimnisses	75
II. Betriebsbezogenheit bei § 17 UWG	77
III. Subjektiver Geheimhaltungswille bei § 17 UWG	79
IV. Wirtschaftliches Geheimhaltungsinteresse bei § 17 UWG	82
1. Wirtschaftliches Geheimhaltungsinteresse an <i>illegalen Geheimnissen</i>	83
a) Auslegung anhand des Wortlauts	83
b) Systematische Argumente	84
aa) Binnensystematik des UWG	84
bb) Systematische Erwägungen im strafrechtlichen Kontext	84
(1) Verrat von Staatsgeheimnissen, §§ 97a, 93 StGB	84
(2) Verletzung von Privatgeheimnissen, § 203 StGB	85

(3) Der sogenannte Diebes-Dieb	86
(4) Anzeigerecht des Arbeitnehmers	87
(5) Wahrnehmung berechtigter Interessen, § 193 StGB	88
cc) Systematische Erwägungen abseits des Strafrechts	89
(1) Gedanken zum gewerblichen Rechtsschutz	89
(2) Gedanken zum Verwaltungsrecht	89
c) Teleologische Auslegung	90
d) Verfassungskonforme Auslegung	95
2. Zwischenresümee zum Stand der Forschung im Bereich <i>illegaler Geheimnisse</i>	97
C. Begriff des Geschäftsgeheimnisses im Sinne des § 2 Nr. 1 GeschGehG	98
I. Einleitung	98
II. Auslegung der Legaldefinition aus § 2 Nr. 1 GeschGehG	100
1. Auslegung des § 2 Nr. 1 lit. a HS. 1 GeschGehG – Vorliegen einer nicht offenkundigen Information	100
a) Information	100
aa) Informationsarten	100
bb) Informationsinhalte	103
cc) Zwischenergebnis	109
b) Fehlende Offenkundigkeit	109
aa) Bestimmung des Personenkreises	109
bb) Allgemein bekannt	111
cc) ohne Weiteres zugänglich	113
2. Auslegung des § 2 Nr. 1 lit. a HS. 2 GeschGehG – Wirtschaftlicher Wert einer nicht offenkundigen Information	115
a) Wirtschaftlicher Wert einer nicht offenkundigen Information	115
b) Wirtschaftlicher Wert <i>illegaler Geheimnisse</i>	119
3. Auslegung des § 2 Nr. 1 lit. b GeschGehG – angemessene Geheimhaltungsmaßnahmen	123
a) Angemessene Geheimhaltungsmaßnahmen	123
b) Angemessene Geheimhaltungsmaßnahmen im Spannungsfeld mit dem strafrechtlichen Bestimmtheitsgrundsatz aus Art. 103 Abs. 2 GG	135
4. Auslegung des § 2 Nr. 1 lit. c GeschGehG – Berechtigtes Interesse an der Geheimhaltung	137
a) Unionsrechtskonformität des § 2 Nr. 1 lit. c GeschGehG	138
b) Berechtigtes Interesse an der Geheimhaltung	141
c) Berechtigtes Interesse an der Geheimhaltung im Spannungsfeld mit dem strafrechtlichen Bestimmtheitsgrundsatz aus Art. 103 Abs. 2 GG	145
D. Fazit	146

Kapitel 5

	Geschäftsgeheimnisstraftatbestand, § 23 GeschGehG	149
A. Einleitung		149
B. Betriebsspionage nach § 23 Abs. 1 Nr. 1 GeschGehG		149
I. Betriebsspione als taugliche Täter		149
II. Spionagehandlung, § 23 Abs. 1 Nr. 1 GeschGehG i. V.m. § 4 Abs. 1 Nr. 1 GeschGehG		150
1. Erlangen im Sinne des § 4 Abs. 1 Nr. 1 GeschGehG		150
2. Erfasste Formen der Erlangung		153
a) Kopieren, Zugang erlangen und Aneignung		153
b) Unmittelbare Einwirkung auf das Geheimnismedium		158
3. Unbefugt im Sinne des § 4 Abs. 1 Nr. 1 GeschGehG		161
4. Besondere Erscheinungsformen der Betriebsspionage		162
a) Reverse Engineering als strafrechtlich relevante Verhaltensweise		162
b) Mittelbare Täterschaft und <i>Social Engineering</i>		164
III. Subjektive Tatbestandsmerkmale		166
C. Eigeneröffnete Geheimnishehlerei nach § 23 Abs. 1 Nr. 2 GeschGehG		169
I. Tatobjekt und tauglicher Täter		169
II. Hehlereihandlung – § 4 Abs. 2 Nr. 1 lit. a GeschGehG		170
1. Nutzung von Geschäftsgeheimnissen		171
2. Offenlegung von Geschäftsgeheimnissen		172
D. Geheimnisverrat nach § 23 Abs. 1 Nr. 3 GeschGehG		174
I. Täterkreis		174
II. Geheimnisverrat		177
1. Verstoß gegen § 4 Abs. 2 Nr. 3 GeschGehG		177
2. Zeitliche Begrenzung des möglichen Handelns		179
3. Strafbarkeit von <i>Social Engineering</i> nach § 23 Abs. 1 Nr. 3 GeschGehG		180
E. Fremderöffnete Geheimnishehlerei nach § 23 Abs. 2 GeschGehG		181
F. Vorlagenfreibeuterei nach § 23 Abs. 3 GeschGehG		183
I. Vorlagen und Vorschriften technischer Art		183
II. Tauglicher Täter – Handeln im geschäftlichen Verkehr als besonderes persönliches Merkmal		185
III. Tathandlung		188
G. Qualifikationstatbestände des § 23 Abs. 4 GeschGehG		189
I. Gewerbsmäßiges Handeln, § 23 Abs. 4 Nr. 1 GeschGehG		189
II. Wissen um die Absicht der Nutzung im Ausland bei der Offenlegung, § 23 Abs. 4 Nr. 2 GeschGehG		189
III. Nutzung im Ausland, § 23 Abs. 4 Nr. 3 GeschGehG		192

H. Fazit 193

I. Unterschiede zwischen § 23 GeschGehG und §§ 17–19 UWG 193

1. Unterschiede zwischen § 23 Abs. 1 Nr. 1 GeschGehG und § 17 Abs. 2 Nr. 1 UWG 193

2. Unterschiede zwischen § 23 Abs. 1 Nr. 2 und Abs. 2 GeschGehG und § 17 Abs. 2 Nr. 2 UWG 194

3. Unterschiede zwischen § 23 Abs. 1 Nr. 3 GeschGehG und § 17 Abs. 1 UWG 195

4. Unterschiede zwischen § 23 Abs. 3 GeschGehG und § 18 UWG 195

II. Schutzlücken im Geschäftsgeheimnisstrafrecht nach § 23 GeschGehG 196

1. Betriebsespionage durch Abhörmaßnahmen 196

2. Strafbarkeit des *Social Engineering* zur Erlangung von Geschäftsgeheimnissen 197

3. Sanktionsmöglichkeiten bei nachvertraglichen Wettbewerbsbeschränkungen 201

III. Kohärenz mit dem zivilrechtlichen Schutzkonzept 201

Kapitel 6

Materiell-rechtliche Grenzen des Geschäftsgeheimnisschutzes im GeschGehG 203

A. Erlaubte Formen des Handelns nach § 3 GeschGehG 203

I. *Reverse Engineering* als strafrechtlich relevante Handlungsform 203

1. *Reverse Engineering* im Spannungsverhältnis zwischen § 4 Abs. 1 Nr. 1 GeschGehG und § 3 Abs. 1 Nr. 2 GeschGehG 204

2. Erlaubte Formen des *Reverse Engineering* nach § 3 Abs. 1 Nr. 2 GeschGehG 204

3. Beschränkung auf innovations- und wettbewerbsförderndes *Reverse Engineering* 208

4. Nutzung oder Offenlegung bei vorangegangenem *Reverse Engineering* 209

5. Fazit – Wandel der strafrechtlichen Bewertung des *Reverse Engineering* 210

II. Erlaubte Handlungen nach § 3 Abs. 2 GeschGehG 210

III. Weitere Erlaubnissätze des § 3 GeschGehG 212

1. Erlaubte Handlungen nach § 3 Abs. 1 Nr. 1 GeschGehG 212

2. Erlaubte Handlungen nach § 3 Abs. 1 Nr. 3 GeschGehG 212

B. Tatbestandsausnahmen nach § 5 GeschGehG 212

I. Einleitung 212

II. Benannte Fälle des § 5 GeschGehG 214

1. § 5 Nr. 1 GeschGehG 214

a) Ermittlung der einschlägigen Grundrechtsordnung 215

b) Anforderungen an die tatbestandsausschließende Wirkung des § 5 Nr. 1 GeschGehG 218

2. § 5 Nr. 2 GeschGehG 220

a) Von § 5 Nr. 2 GeschGehG erfasste Formen von Fehlverhalten 221

aa) Rechtswidrige Handlungen 222

bb) Berufliches Fehlverhalten	223
cc) Sonstiges Fehlverhalten	223
(1) Kritische Würdigung des Tatbestandsmerkmals	223
(2) Beschluss des OLG Oldenburg vom 21.05.2019 – 1 Ss 72/19	228
dd) Bloß vermutete Missstände	229
b) Geeignetheit das öffentliche Interesse zu schützen – Interessenabwägung	233
aa) Bestimmung des allgemeinen öffentlichen Interesses	234
bb) Geeignetheit und Interessenabwägung	235
c) Illegale Geheimnisse – Das Spannungsverhältnis von § 5 Nr. 2 GeschGehG und § 2 Nr. 1 lit. c GeschGehG	241
3. § 5 Nr. 3 GeschGehG	242
III. Unbenannte Fälle der Tatbestandsausnahme nach § 5 GeschGehG	244
1. Berechtigtes Interesse im Sinne des § 5 GeschGehG	245
2. Interessenabwägung	246
IV. Subjektives Element – Handeln zum Schutz	249
1. Handeln zum Schutz	249
2. Irrtümer und § 5 GeschGehG	251
a) Anspruchsausschluss nach § 9 GeschGehG (analog) als Lösungsansatz	251
b) Irrtumsregeln des StGB	252
c) Fazit	254
C. Besonderer Rechtfertigungsgrund nach § 23 Abs. 6 GeschGehG	255
D. Fazit	256

Teil 2

<i>Whistleblowing</i> als besondere Grenze des strafrechtlichen Geschäftsgeheimnisschutzes durch das GeschGehG	258
---	-----

Kapitel 7

Begriff des <i>Whistleblowings</i> zur Umschreibung eines gesellschaftlichen und rechtlichen Phänomens	258
A. Begrifflichkeiten	259
B. Gesellschaftliche Relevanz und Rezeption	260

Kapitel 8

Strafbarkeitsrisiken beim <i>Whistleblowing</i> wegen der Verletzung von Geschäftsgeheimnissen	263
---	-----

A. Darstellung der tatsächlichen Umstände anhand von Herolds Verlaufsmodell 263
 B. Darstellung der strafrechtlichen Risiken anhand von Herolds Verlaufsmodell 266

Kapitel 9

Whistleblowing als besondere Grenze des Geschäftsgeheimnisschutzes 268

A. Schutz des *Whistleblowers* vor strafrechtlicher Verantwortung im Bereich des Geschäftsgeheimnisstrafrechts – *de lege lata* 268
 I. Interne Meldesysteme als konkludente Einwilligung oder konkludentes Einverständnis 268
 II. Besondere Berücksichtigung des § 5 GeschGehG 272
 1. Schutz des *Whistleblowers* selbst 272
 2. Schutz weiterer Personen 278
 B. Schutz des *Whistleblowers* vor strafrechtlicher Verantwortung im Bereich des Geschäftsgeheimnisstrafrechts – *de lege ferenda* 278
 I. Whistleblowing-RL – Geschichte 279
 II. Whistleblowing-RL – Inhalt 280
 III. Whistleblowing-RL – Auswirkungen und Unionsrechtskonformität des nationalen Rechts 281
 1. Einfluss von Art. 21 Abs. 7 Whistleblowing-RL auf Art. 3 Abs. 2 Geschäftsgeheimnis-RL und § 3 Abs. 2 GeschGehG 281
 a) Rechtsfolge: Rechtmäßige Offenlegung im Sinne des Art. 3 Abs. 2 Geschäftsgeheimnis-RL und damit auch im Sinne des § 3 Abs. 2 GeschGehG 281
 b) Tatbestandsvoraussetzungen 282
 aa) Hinreichender Grund zur Annahme, dass die gemeldeten Informationen über Verstöße der Wahrheit entsprachen, Art. 6 Abs. 1 lit. a HS. 1 Whistleblowing-RL 282
 (1) Verstoß, Art. 5 Nr. 1 Whistleblowing-RL 282
 (2) Hinreichender Grund zur Annahme, dass die gemeldeten Informationen über Verstöße der Wahrheit entsprachen 284
 (3) Gutgläubigkeit des Hinweisgebers 286
 (a) Maßstabsbildung anhand der Richtlinie 286
 (b) Maßstabsbildung anhand der Rechtsprechung 287
 (c) Maßstabsbildung anhand des nationalen Rechts 288
 (4) Maßgeblicher Zeitpunkt 293
 bb) Hinreichender Grund zur Annahme der Eröffnung des Anwendungsbereichs, Art. 6 Abs. 1 lit. a HS. 2 Whistleblowing-RL 293
 (1) Sachlicher Anwendungsbereich, Art. 2 Whistleblowing-RL 293
 (2) Persönlicher Anwendungsbereich, Art. 4 Whistleblowing-RL 294

cc) Ordnungsgemäße Meldung oder Offenlegung, Art. 6 Abs. 1	
lit. b Whistleblowing-RL	296
(1) Meldungen nach Art. 7 oder 10 Whistleblowing-RL	296
(2) Offenlegung nach Art. 15 Whistleblowing-RL	299
dd) Hinreichender Grund zur Annahme der Notwendigkeit der Meldung oder Offenlegung, Art. 21 Abs. 2, 7 UAbs. 1 S. 2 Whistleblowing-RL	301
2. Einfluss der Whistleblowing-RL auf Art. 5 Geschäftsgeheimnis-RL und § 5 GeschGehG	303
IV. Fazit und Umsetzungsausblick	306
1. Fazit	306
2. Umsetzungsausblick	306
a) Mindestumsetzung oder Gesamtkonzept	307
b) Eigener Entwurf eines Hinweisgeberschutzgesetzes (Auszug)	311
c) Regierungsentwurf vom 19.09.2022 BT-Drs. 20/3442	318

Teil 3

Strafrechtlicher Geschäftsgeheimnisschutz abseits des GeschGehG	324
--	-----

Kapitel 10

Geschäftsgeheimnisbegriffe außerhalb des GeschGehG	324
---	-----

Kapitel 11

Untreue nach § 266 StGB als verkapptes Geschäftsgeheimnisschutzdelikt	330
--	-----

Kapitel 12

Grenzen des Geschäftsgeheimnisschutzes nach dem GeschGehG als Grenzen in der gesamten Strafrechtsordnung	333
---	-----

A. Erlaubte Formen des Handelns nach § 3 GeschGehG	334
B. Tatbestandsausnahmen nach § 5 GeschGehG	334
I. § 5 GeschGehG und § 34 StGB	335
1. Rechtfertigung von <i>Whistleblowern</i> nach § 34 StGB – bisheriger Stand der Forschung	335
a) Rechtfertigung bei korrekter Sachverhaltskenntnis	335
b) Irrtumfolgen beim bloß gutgläubigen Whistleblowing	339
2. Unterschiede zwischen § 34 StGB und § 5 GeschGehG	340
3. Verhältnis von § 34 StGB zu § 5 GeschGehG	341

4. Fazit 344
II. Geheimnisschutzdelikte abseits des § 23 GeschGehG 345
III. Begleitdelikte 348
C. Auswirkungen der Whistleblowing-RL 350

Teil 4

Fazit 352

Anhang

Gesetzestexte zu §§ 17–19 UWG und Art. 39 TRIPS-Übereinkommen 356
Literaturverzeichnis 359
Stichwortverzeichnis 387